

*Keiner will etwas von den CIA-Folterflügen durch den deutschen Luftraum und den Zwischenlandungen auf Flugplätzen in der Bundesrepublik gewusst haben!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 044/05 – 01.12.05**

## **CIA-Folterflüge – Keiner will was gewusst haben, kaum einer will was unternehmen!**

Die alte und neue Bundesjustizministerin Brigitte Zypries erklärte in der ARD-TAGES-SCHAU am 25.11.05: „Wir warten jetzt erst mal ab, was die Ermittlungen bringen, und wir hoffen, dass die Amerikaner dazu eine Stellungnahme abgeben.“

Unser neuer Außenminister Frank-Walter Steinmeier wurde bei seinem UNO-Antrittsbesuch gefragt, was die Bundesregierung von den CIA-Praktiken wusste. Seine sibyllinische Antwort lautete: „Das kommt drauf an, von was sie hätte wissen sollen. Wenn Sie mit Ihrer Frage meinen, dass über dem Gebiet der Bundesrepublik möglicherweise behauptete – behauptete sage ich ausdrücklich – Gefangenentransporte stattgefunden haben, dann nicht.“(ZDF-Sendung FRONTAL 21, 29.11.05)

Wenn die alte Bundesregierung von den Folterflügen über Frankfurt und Ramstein nichts wusste, was hat sie dann gewusst? Die US-Außenministerin Condoleezza Rice bereite er schon einmal darauf vor, dass der britische Außenminister demnächst anfragen wird, ob die CIA wirklich heimlich über europäisches Territorium „Geisterhäftlinge“ zum Foltern in europäische und nahöstliche „black sites“ geflogen hat. Danach trat er allein vor die Presse und verkündete: „Das wird Aufgabe der amerikanischen Regierung sein, zu überlegen, welcher Art die Auskunft auf das Aufklärungsverlangen der europäischen Regierungen sein wird.“ (ZDF- HEUTE JOURNAL, 29.11.05) Die etwas gewundene, grammatikalisch gewagte Ausdrucksweise lässt aufhorchen. Hat Steinmeier, der unter Schröder Chef des Kanzleramtes war, etwas zu verbergen?

Die beiden Kabinettsmitglieder hoffen wohl darauf, dass die US-Regierung die Folterflüge dementiert, damit der alten Bundesregierung ihre durch Untätigkeit geleistete passive Beihilfe nicht angelastet werden kann.

Ministerpräsident Beck erklärte in der Fernsehsendung RHEINLAND-PFALZ AKTUELL am 25.11.05, er wisse nichts von den geheimen CIA-Flügen und fuhr fort: „Ich denke dass wir eine ganz klare Haltung haben, Amerika genau so gut wie Deutschland, dass wir die Menschenrechte achten; und das werden wir auch entsprechend von allen einfordern, die sich auf deutschem oder über deutschem Boden bewegen.“ Nach Aussage seines Regierungssprechers Walter Schuhmacher werde er bei der Bundesregierung „die Interessen von Rheinland-Pfalz in der CIA-Ramstein-Affäre vertreten.“ (RHEINPFALZ, 30.11.05)

Der zwischenzeitlich für zuständig erklärte rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch will erst „vor kurzem“ aus dem Justizministerium erfahren haben, dass die Zweibrücker Staatsanwaltschaft bereits seit Juli ermittelt, ob der in Mailand gekidnappte Imam Abu Omar über die US-Air Base Ramstein nach Ägypten entführt wurde. Er hat nach einer Meldung in RHEINLAND-PFALZ AKTUELL vom 30.11.05 die US-Air Force erst einmal um eine Stellungnahme gebeten.

Der leitende Oberstaatsanwalt Eberhard Bayer wurde erst nach den Enthüllungen des ARD-Magazins MONITOR (21.07.05) über die Rolle der US-Air Base Ramstein aktiv. Als er bei Prüfung der angeforderten Akten der Mailänder Staatsanwaltschaft feststellten musste, dass der Entführte und seine Entführer dort tatsächlich deutschen Boden betreten haben, weil sie in ein anders Flugzeug umgestiegen sind, sah er sich zur Einleitung eines „Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Nötigung und der Freiheitsberaubung“ veranlasst. Gleichzeitig schränkte er ein: „Wir können ein Strafverfahren nur gegen bekannte Personen durchführen, und wir versuchen nun eben in Erfahrung zu bringen, wer im einzelnen in Deutschland ausgestiegen ist und sich dadurch hier strafbar gemacht hat.“ (ZDF-HEUTE, 25.11.05) Weil er wohl damit rechnet, dass ihm US-Verantwortliche keine Namen nennen werden, möchte er das ganze Verfahren am liebsten an die Italiener abgeben, da diese die Namen der Entführer offensichtlich kennen.

Wie ist die große Zurückhaltung der genannten Herrschaften und das angebliche „Nichtwissen“ vieler zu erklären? Am 03.05.05 strahlte das ZDF in seiner Sendung FRONTAL 21 einen Bericht über die Entführung des deutschen Staatsbürgers Khaled El Masri durch die CIA von Mazedonien nach Afghanistan aus und prangerte dabei die Untätigkeit der Regierung Schröder/Fischer an. Schon damals wurden Frankfurt und Ramstein als Zwischenstationen der CIA-Flüge genannt. Am 21.07.05 griff die ARD in ihrem Magazin MONITOR das Thema erneut auf und setzte damit die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Zweibrücken in Gang. Die Öffentlichkeit wusste also längst über die CIA-Flüge und die anschließenden Folterungen Bescheid, nur die uns Regierenden wollten es nicht wissen. Sie hatten auch allen Grund dazu.

Das Internet-Magazin [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) berichtete am 25.11.05: „Nach Vorwürfen wegen mittelbarer Begünstigung der Kriegskampagne gegen den Irak (Anmerkung der LUFTPOST-Redaktion: Die Mär von den fahrbaren irakischen Labors zur Biowaffenherstellung stammte ursprünglich von einem als Lügner entlarvten Informanten des Bundesnachrichtendienstes / BND!) wird der neue Berliner Außenminister jetzt auch für die Duldung schwerer Folterverbrechen an einem deutschen Staatsbürger verantwortlich gemacht. Das aus Hamburg stammende Folteropfer (Haydar Zammar) wurde im Dezember 2001 nach Damaskus verschleppt und dort im Auftrag von US-Behörden schweren Misshandlungen ausgesetzt. Im November 2002 begaben sich Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA), des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und der deutschen Auslandsspionage (BND) in das syrische Foltergefängnis – nicht um den Verschleppten zu befreien, sondern um ihn im Einverständnis mit den Folterern zu vernehmen. Anschließend wurde das Opfer seinem Schicksal überlassen. Ob der Deutsch-Syrer Haydar Zammar noch lebt, ist unbekannt. Die gegen Zammar gerichtete Operation hatte der damalige Chef des Berliner Kanzleramtes zu überwachen – Frank-Walter Steinmeier, der seit drei Tagen amtierende deutsche Außenminister. ... Steinmeier übte zum fraglichen Zeitpunkt die Aufsicht über sämtliche Nachrichtendienste aus (Abtg. VI) und hatte damit Geheimdienstoperationen der hier vorliegenden Tragweite zu billigen oder abzulehnen. ... In der Affäre um den entführten deutschen Staatsbürger Zammar, den Regierungsorgane seines Passlandes der Folter überließen, gerät nicht nur das damalige Kanzleramt in den Verdacht des vorsätzlichen Bruchs der Verfassung – auch das Auswärtige Amt (AA) lässt mit obskuren Rechtfertigungen vermuten, es habe seine Pflichten absichtsvoll verletzt. So heißt es in ersten Stellungnahmen des AA, man habe bei den Damaszener Behörden um eine Besuchserlaubnis in dem syrischen Foltergefängnis nachgesucht, aber zu Zammar leider keinen Zugang erhalten – als würden die auch in Syrien strafbaren Folterverbrechen durch Botschaftsanfragen beeinflusst werden können. Das AA lässt unerwähnt dass in seiner deutschen Vertretung Personen beschäftigt sind, die Kontakte zu Kreisen des syrischen Folterapparates pflegen.“

Deutsche Politiker unterstützen also nicht nur die Angriffskriege der USA durch Duldung völkerrechts- und verfassungswidriger Kriegshandlungen der US-Streitkräfte vom Boden der Bundesrepublik aus, sie sind auch in die weltweiten US-Folterpraktiken verstrickt. Deshalb können sie nicht an Aufklärung, sondern nur an Vertuschung der „CIA-Ramstein-Affäre“ interessiert sein.

Der US-Präsident Bush wird ihnen dabei helfen. Als er vor kurzem die texanisch-mexikanische Grenze besuchte, wurde er gefragt: „Wird eine Untersuchung zu den Behauptungen stattfinden, dass es in anderen Ländern von der USA betriebene Terroristen-Gefängnisse gibt? Verdient das amerikanische Volk nicht Rechenschaft darüber, warum diese Einrichtungen existieren und was dort geschieht?“ Seine knappe Antwort lautete: „Die Vereinigten Staaten von Amerika foltern nicht. Und es ist wichtig für die Menschen in der ganzen Welt, das zu wissen.“ ([www.whitehouse.gov/news/release/2005/11/print/20051129-2.html](http://www.whitehouse.gov/news/release/2005/11/print/20051129-2.html)) Wer diese Behauptung anzweifelt, sollte auch die LP 045/05 lesen.

Bleibt nur zu hoffen, dass die förmliche Untersuchung des Europarates und das Engagement des EU-Justizkommissars Franco Frattini aufklären, welche europäischen Regierungen direkt oder indirekt in den US-Folterskandal verwickelt sind.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**